

RHEINGAU-TAUNUS

Wahl: BVW mit 13 Bewerbern

WALLUF (red). Die Bürgervereinigung Walluf, kurz: BVW, geht mit 13 Kandidaten, vier Frauen und neun Männern, in die Kommunalwahl am 15. März. Aktuell hat die BVW fünf der 25 Sitze im Wallufer Gemeindeparlament inne. Die gegenwärtigen Fraktionsmitglieder Richard Reuter (Listenplatz eins), Philipp Führer (Platz fünf) und Johann Josef (Hajo) Becker (Platz sieben) sowie Dieter Salomon (Platz vier), der aktuell dem Gemeindevorstand angehört, stünden für eine Wiederwahl zur Verfügung, heißt es in einer Pressemitteilung.

Als neue Bewerber um die Wählergunst treten den Angaben nach mit frischen Ideen Nina Bischofs-Tratz (Platz zwei), Ralph Jerrey (Platz drei), Rolf Thelen (Platz sechs), Norbert Hämmerer (Platz acht), Ulrike Wittmer (Platz neun), Leona Haack (Platz zehn), Rüdiger Diezemann (Platz elf), Beate Meyer (Platz zwölf) und Hans Josef Schneider (Platz 13) zur Gemeindevertreterwahl an. Max Holzem, der fünf Jahre erfolgreich mitgearbeitet, und Johannes Luh, der sich zwei Jahrzehnte lang engagiert habe, bewerben sich laut der BVW am 15. März nicht mehr um einen Sitz.

Die 13 Kandidaten aus Ober- und Niederwalluf brächten berufliche Erfahrungen als Pädagogen, Arzt und Medizintech-

niker, Winzer, Jurist, Ingenieur und Naturwissenschaftler, aus der öffentlichen Verwaltung, dem Banken-, Bau-, Computer- und Verkehrssektor sowie aus der Unternehmensberatung mit. Der BVW zufolge betonen alle Kandidaten, dass sie unabhängig von Parteiprogrammen oder überörtlichen Parteifreunden allein am Wohle der Gemeinde und ihrer Mitbürger aller Altersklassen interessiert seien und sich dafür einsetzen würden. Die BVW kündigt an, ihre Kandidaten und Vorstellungen den Bürgern bis zum Wahltag bekannt zu machen und näherzubringen.

BVW will Steuer- und Abgabenlast gering halten

Als Ziele nennt die Bürgervereinigung, die Unabhängigkeit der Gemeinde zu bewahren, ihre natürliche Umgebung und das Leben zu schützen sowie die technische und soziale Infrastruktur zu erhalten und wo möglich auszubauen. „Auch wenn es zuletzt schwieriger geworden ist, die Gemeindefinanzen selbstbestimmt solide zu führen, weil das Land seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber Kreis und Kommune nicht in ausreichendem Maß nachkommt, sollen die Belastungen mit Steuern und Abgaben für Bürger und Gewerbe möglichst gering gehalten werden.“